

GROSSER RAT

GR.18.46

VORSTOSS

Interpellation Martin Keller, SVP, Obersiggenthal, vom 6. März 2018 betreffend Postauto-Skandal und die Auswirkungen auf den Kanton Aargau

Text und Begründung:

Anfang Februar wurde der schweizweite Skandal um die PostAuto AG aufgedeckt, bei dem die Kantone um Millionen von Steuergeldern durch zu viel bezahlte Subventionen betrogen wurden. Laut Aargauer Zeitung vom 9. Februar 2018 ist der Kanton Aargau der grösste Besteller von Postauto-Leistungen. In diesem Zusammenhang stellen sich für den Kanton Aargau äusserst wichtige Fragen, die ich den Regierungsrat höflich bitte, konkret und vertieft zu beantworten:

1. Um wie viel Franken hat der Kanton Aargau von der PostAuto AG im Zeitraum 2007 bis 2017 Leistungen bezogen? (Aufschlüsselung pro Jahr)
2. Um wie viel Franken wurde der Kanton Aargau von der PostAuto AG bzw. von der Schweizerischen Post AG im Zeitraum 2007 bis 2017 betrogen, indem der Kanton höhere Subventionen bezahlen musste? (Aufschlüsselung pro Jahr)
3. Um wie viele Franken wurden die aargauischen Gemeinden betrogen? (Aufschlüsselung nach Gemeinden)
4. Was unternimmt der Regierungsrat, um die zu viel bezahlten Subventionen für den Kanton und für die aargauischen Gemeinden zurückzuerhalten?
5. Wusste der damalige Finanzchef der Schweizerischen Post AG von diesen illegalen Machenschaften im Bereich der PostAuto AG?
6. Welches war seine operative und strategische Rolle?
7. Trifft es zu, dass der heutige CEO der Aargauischen Kantonalbank (AKB) mit seinem Verhalten als Finanzchef der Schweizerischen Post AG den Kanton Aargau und seine Gemeinden Mehrkosten in Millionenhöhe bescherte?
8. Kann der Regierungsrat nach dem vorliegenden Sachverhalt dem aktuellen CEO der AKB noch vertrauen?
9. Wie ist das Vertrauensverhältnis innerhalb des Bankrats gegenüber dem aktuellen CEO?
10. Hat der Regierungsrat Kenntnisse von anderen Ungereimtheiten in den letzten 20 Jahren von privatrechtlich organisierten Leistungserbringern im öffentlichen Verkehr im Kanton Aargau?
11. Wie kontrolliert der Regierungsrat die privatrechtlich organisierten Leistungserbringer im öffentlichen Verkehr auf illegale Machenschaften?